



Opel-Modelle Zafira, Kadett

Abgasaffäre

Gutachter widerspricht Opel

Abschalten der Reinigungsanlage sei technisch nicht zu begründen.

Die Abschalteinrichtungen in der Motorsteuerung des Opel Zafira sollen unzulässig sein. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachter im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums, der untersuchen sollte, ob die vom Rechercheteam des SPIEGEL, des ARD-Magazins „Monitor“ und der Deutschen Umwelthilfe gewonnenen Erkenntnisse zutreffen (SPIEGEL 20/2016). Der Sachverständige spricht von „sehr guten Messungen“, die unter anderem gezeigt hätten, dass die Abgasreinigung des Wagens bei höherer Drehzahl oder Geschwindigkeit redu-

ziert wird. Die „technische Sachlage“, so der Gutachter, sei „eindeutig“ und Opels Begründung für die Abschalteinrichtungen nicht ausreichend. Der Konzern, der auf Anfrage zusagte, die Behörden weiterhin zu unterstützen, versucht nun, mit einer 500-seitigen Stellungnahme zu kontern. Die Software sei zum Motorschutz notwendig, so Opel. Damit will der Autobauer wohl vor allem Zeit gewinnen. Momentan läuft das Genehmigungsverfahren für die Zulassung des neuen Zafira-Modells, das von Jahresende an verkauft wer-

den soll. Das Ministerium verlangt, dass das Kraftfahrt-Bundesamt nur dann zustimmt, wenn die im SPIEGEL beschriebenen Abschalteinrichtungen im neuen Zafira nicht installiert sind. Auch bei anderen Autokonzernen verspricht das Ministerium Härte. Minister Alexander Dobrindt (CSU) will kontrollieren lassen, dass die von einer Reihe Autobauer freiwillig zugesagten Veränderungen an der Abgasreinigung tatsächlich vorgenommen werden. Das betrifft Modelle wie den Audi A6, den Porsche Macan oder

auch den Opel Zafira. Mit Abgastests soll nachgewiesen werden, dass durch die technischen Nachrüstungen auch eine „signifikante Verbesserung“ der Stickoxidemissionen erzielt wird. Dabei dürfe sich „die Motorleistung nicht verringern“ und „der Kraftstoffverbrauch nicht verschlechtern“, heißt es in einer Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage der Grünen. Die bleiben skeptisch. „Dobrindt ist bislang nicht durch Strenge gegen die Autoindustrie aufgefallen“, sagt Verkehrsexperte Oliver Krischer. gt

Kommentar

Kuka ist nicht SAP

Die Bundesregierung überschätzt die Bedeutung des Roboterherstellers.

Es ist an der Zeit, etwas klarzustellen: Kuka ist zwar ein Roboterhersteller mit Weltruf. Aber Kuka ist nicht SAP. Oder Siemens. Die Bundesregierung tut gerade so, als ob sich an der Zukunft des Unternehmens, für das der chinesische Hausgerätehersteller Midea eine Milliardensumme bietet, das Schicksal der deutschen Wirtschaft und der Industrie 4.0 entscheide. Hinter den Kulissen wird sondiert, wie der Deal zu verhindern sei. Die Politik verschwendet damit ihre Energie. Im Fall Kuka ist ihr Einfluss nicht gefragt, dafür ist das Unternehmen eine Nummer zu klein.

Kuka ist ein Mittelständler, der im vergangenen Jahr 86 Millionen Euro Gewinn erwirtschaftet hat, so viel verdient SAP in zehn Tagen. Die Hälfte seines Umsatzes erzielt Kuka noch immer mit der Autoindustrie. Diese Abhängigkeit macht das Unternehmen anfällig für konjunkturelle Schwankungen.

Auf dem Zukunftsfeld der Servicerobotik wiederum hat Kuka einiges aufzuholen. Viel versprechen sich die Augsbu-

ger vom Modell Iiwa, einem gelenkigen Leichtgewicht, das Hand in Hand mit Menschen arbeiten kann. Erdacht wurde das Konzept indes nicht bei Kuka, sondern 70 Kilometer entfernt, am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Oberpfaffenhofen. Ohne solch öffentlichen Beistand hätte es Kuka wohl kaum an die Weltspitze geschafft.

Kuka ist eben kein globaler Tech-Gigant, sondern ein gewöhnlicher Maschinenbauer, bei dem zerspannt und gebohrt wird. Wahrscheinlich ist es die Faszination, die von den Produkten ausgeht, die den Betrieb so wertvoll erscheinen lässt. Roboter sind aber bloß der auffällige Teil der digitalen Wirtschaft. Von größerer Relevanz sind die nicht sichtbaren Komponenten, die Software und die Steuerung. Und die liefern SAP oder Siemens. Software und Steuerung sind das Hirn der Industrie 4.0, die Roboter nur die Muskeln. Die Chinesen können die Muskeln gern kaufen und einen irrwitzigen Preis zahlen. Erst wenn es ums Hirn geht, ist die Regierung gefragt. Alexander Jung